

**37**  
**75**

# Union in Deutschland

Bonn, den 11. September 1975

## Der Staat muß sparen

Mit der Erklärung zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Staatsfinanzen haben die Führungsgremien der Union eine klare Alternative zu den fragwürdigen Beschlüssen der SPD/FDP-Regierung vorgelegt.

Dr. Gerhard Stoltenberg, der die Erklärung der Öffentlichkeit vorlegte, stellte fest: Wir lehnen die Erhöhung der Mehrwertsteuer mit den gleichen Gründen ab, mit denen die Minister Friderichs und Apel sie noch im Juni als schweren Fehler bezeichnet haben. Sie läuft nicht nur der Sanierung der Staatsfinanzen, sondern auch dem vordringlichen Ziel der Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Wiederbelebung der Wirtschaft zuwider.

Schuld an der Zerrüttung der Staatsfinanzen sind nicht zu niedrige Steuern, sondern objektiv zu hohe Ausgaben. Im Gegensatz zu Helmut Schmidt, der 1965 erklärte, es stehe „nirgendwo geschrieben, daß die Opposition dabei helfen solle, eine Regierung aus der Zwickmühle herauszuholen, in die sie sich selbst hineinmanövriert hat“, ist die Union bereit, auch unpopuläre Maßnahmen der Bundesregierung mitzutragen, wenn sie geeignet sind, die Krise zu überwinden.

### ■ WORTLAUT

der Erklärung zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Presse-Echo, außerdem eine zweiseitige Argumentationskarte und den Text eines Flugblattes zum gleichen Thema. Ferner Vorschläge und Materialien für Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit.

Dokumentation,  
Seite 14—15

### ■ AUSSENPOLITIK

Den absoluten Vorrang der Westintegration und die Priorität der Außenpolitik bekräftigte Helmut Kohl in einem Interview mit der „Deutschen Welle“.

Seite 5—6

### ■ BÜRGERPOLITIK

Die KPV hat den Entwurf eines Kommunalpolitischen Grundsatprogramms vorgelegt, mit Vorschlägen zur Stärkung der Privatinitiative der Bürger.

Seite 7—8

### ■ DRITTE WELT

Hilfe zur Überwindung materieller Not müsse die Grundlage für die Verwirklichung freier Ordnungen schaffen, erklärte Helmut Kohl auf dem Entwicklungshilfe-Kongreß der Union in Bonn.

Seite 11—12

### ■ PROPAGANDA

Die Bundesregierung bedient sich zur Verschleierung von Fakten und Absichten systematisch der Methode der Begriffsverdrehung.

Seite 13

## ■ INFORMATIONEN

### Konzept für Integration ausländischer Arbeitnehmer

Über ein Konzept zur Integration der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien wurde unter Beteiligung zahlreicher Vertreter der wesentlichen Nationalitätengruppen ausländischer Arbeitnehmer, etlicher Wissenschaftler und Fachleute aus der Verwaltung und den Verbänden in der Politischen Akademie Eichholz beraten. Untersucht wurden die Bereiche Schul- und Berufsausbildung bzw. -fortbildung, soziale und kommunale Dienste, Wohnungswesen, Freizeit. Die Beratungen standen unter der Devise, daß Ausländer nicht als „Durchgangsbevölkerung“ zur wirtschaftlichen Ausnutzung von Abbruchgebieten mißbraucht werden dürften.

### Bundesrat wird Taxiverordnung verhindern

Das von der Öffentlichkeit mit Kopfschütteln und Empörung aufgenommene Rede- und Radioverbot der Bundesregierung für Taxifahrer wird durch eine Initiative der CDU/CSU-regierten Bundesländer dank ihrer Mehrheit im Bundesrat wieder zu Fall gebracht werden. Zur „Taxi-Verordnung“ hatte CDU-Sprecher Willi Weiskirch u. a. erklärt: „Taxifahrer galten immer schon als besondere Repräsentanten der Vox Populi ... Wenn jetzt auf einmal den Taxifahrern der Mund verboten werden soll, dann stellt sich die Frage nach dem Nutznießer. Der wäre, wie die Dinge liegen, nirgendwo anders als im SPD/FDP-Regierungslager zu finden, an

dessen Qualität in den deutschen Taxis derzeit so heftige Zweifel geäußert werden ...“

### Gegen Einsparungen im Verteidigungshaushalt

Einsparungen im Verteidigungshaushalt des Bundes wurden auf einer gemeinsamen Tagung des CDU-Bundesausschusses für Verteidigungspolitik und des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU in Schliersee abgelehnt. Einig waren sich beide Arbeitskreise auch, an der allgemeinen Wehrpflicht festzuhalten. Eine Gleichstellung von Wehr- und Zivilersatzdienst sei wegen des Fehlens ziviler Arbeitsplätze nicht möglich. Die Einführung einer Ausgleichsabgabe für nicht Eingezogene wurde gefordert.

### Katzer: Nicht an den Renten rütteln

Nicht an der dynamischen Rente gerüttelt werden darf bei den notwendigen Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten nach Auffassung des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Katzer. Bei der Bezirkstagung der CDU-Sozialausschüsse Südwürttemberg-Hohenzollern in Saulgau erklärte Katzer, die Rente müsse das einzige „Tabu“ für Sparmaßnahmen bleiben, die ansonsten von der CDU/CSU unterstützt würden.

### Europäische Christdemokraten arbeiten enger zusammen

Eine „kontinentale Dachorganisation“ für die christlich-demokratischen, konservativen und Zentrumsparteien Europas wollen ihre führenden Politiker schaffen. Die notwendigen Vorbereitungen für eine derartige „europäische Formation“ sollen so rasch wie möglich getroffen werden. Dies teilte der ÖVP-Vorsitzende Josef Taus in Schloß Klesheim bei Salzburg nach einem zweitägig-

gen Treffen mit, an dem u. a. Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Karl Carstens und Kai-Uwe von Hassel teilnahmen. Helmut Kohl erklärte dazu, man stehe nun am Beginn einer Schiene, auf der man schließlich eine europäische Organisation erreichen werde. Künftig wollen die führenden Politiker aus den Parteien der Mitte regelmäßig einmal im Jahr zu „Klesheimer Gesprächen“ zusammenkommen.

## Hassel bittet um Gnade für verurteilte Basken

Um Begnadigung der beiden von einem Kriegsgericht in Spanien zum Tode verurteilten jungen Basken hat Kai-Uwe von Hassel in seiner Eigenschaft als Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten den spanischen Staatspräsidenten Franco gebeten.

## Kohl und Carstens gratulierten Strauß

In seinem Glückwunsch zum 60. Geburtstag von Franz Josef Strauß würdigte Helmut Kohl die Energie und geistige Weite des Jubilars. Daß die Deutsche Mark bis zum Antritt der ersten Regierung Brandt stabil war, sei nicht zuletzt sein Verdienst. Helmut Kohl hob sein kompromißloses Eintreten für ein auf der Idee der personalen Freiheit und politischen Selbstbestimmung gegründetes Europa hervor und betonte den Zusammenhalt von CDU und CSU in der entscheidenden Wahlauseinandersetzung des Jahres 1976. Karl Carstens als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wies in seinem Glückwunsch darauf hin, daß Strauß das „C“ im Namen der Union „als eine Absage an politische Ideologien“ verstehe, „für die der Mensch eine Nummer, aber kein Individuum ist“.

## STICHWORTE

### 1 712 Planstellen streichen

*will im bayerischen Staatshaushalt Finanzminister Huber bis 1977 und dadurch 90 Millionen Mark einsparen.*

### Bei der Bundestagswahl

*1976 wird es 200 000 Wähler mehr als 1972, im ganzen rd. 42 Millionen Wähler geben. Mit 3,4 Millionen sind die Frauen in der Überzahl.*

### Die absolute Mehrheit

*holte sich die CDU mit 30 von 48 Sitzen bei den Gemeinderatswahlen in Aalen/Wasseralfingen.*

### 8 Prozent mehr Lohn

*und Gehalt fordert die Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten.*

### An einem „Steuerstreik“

*würden sich 40 Prozent der Bevölkerung beteiligen, ergibt eine Umfrage der Wickert-Institute in Tübingen im Auftrage des Bundes der Steuerzahler.*

### Der Hochschulabschluß

*ist nicht mehr automatisch mit einer Führungsposition gekoppelt. Darauf wiesen die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg hin.*

### Nicht erreicht

*haben ihre Adressaten in der DDR innerhalb der letzten zwei Jahre 12 594 eingeschriebene Sendungen — meist Päckchen — und 47 531 Pakete aus der Bundesrepublik.*

### Die Aufwendungen für

*Investitionen bei Bund, Ländern und Gemeinden sind seit 1970 um 40 Prozent, die für die Beschäftigten um 90 Prozent gestiegen.*

## ■ FINANZPLAN

### Illusionen statt schonungslose Offenlegung

**40,9 Mrd. DM beträgt das Finanzierungsdefizit des Bundes für das Jahr 1975. Bis 1979 soll nach dem Finanzplan der Bundesregierung das Defizit auf 11,4 Mrd. DM abgebaut werden. Dieses Ziel ist durchaus erstrebenswert, wenn nicht unrealistische Annahmen der Regierung in der Ausgaben- und Einnahmenseite sowie wahl-taktisch bedingte Manöver das Ziel in Frage stellen.**

■ Der Haushalt 1976 soll sich auf insgesamt 168,1 Mrd. DM belaufen. Dabei sind die global ausgewiesenen Ausgabenkürzungen von 3,622 Mrd. DM berücksichtigt. Die Bereiche der Ausgabenkürzungen sind zwar von der Regierung global genannt, aber wo tatsächlich eingespart werden soll, bleibt im dunkeln.

■ Für 1976 wird eine Einnahmeverbesserung von 8,6 Mrd. DM vorgesehen. davon entfallen allein 3,8 Mrd. DM auf die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Statt Entlastung wird eine Belastung beschlossen, die das unterstellte Wachstum unserer Volkswirtschaft von real 5% und damit eine weitere Einnahmesteigerung in Frage stellen. Dies ist ein Zeichen für den Zickzackkurs der Regierung in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

■ 1977 sollen die Ausgaben des Bundes laut Regierungsübersicht um 3%

steigen. Schon heute ist sicher, daß diese 3% nicht zu halten sind. Allein durch die erhöhten Zinsaufwendungen für die Verschuldung wird diese Ausgabensteigerung schon verfrühstückt. Das heißt diese 3% sind nur zu halten, wenn weitere ausgabenmindernde Beschlüsse getroffen werden.

■ 1977 soll das Jahr der Mehrwertsteuererhöhung werden, so die Regierung. Zwar bringt die Mehrwertsteuererhöhung 1977 rd. 8,1 Mrd. DM Mehreinnahmen, aber gleichzeitig mit der Erhöhung wird die Inflation angeheizt. Die Regierung läßt diesen Zusammenhang unberücksichtigt. Eine weitere Verharmlosung der Inflation.

■ Auch für 1977 ist die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung schon eingeplant, und das ist eine Kostenbelastung der Wirtschaft. Inwieweit dann das wiederum mit 5% real unterstellte Wachstum erreicht werden soll, ist offen.

■ Ist schon die Finanzplanung bis 1977 illusorisch, so kann die Berechnung für 1978 und 1979 als unrealistisch angesehen werden.

■ Das von der Regierung groß angekündigte „Sparprogramm“ ist ein Steuererhöhungsprogramm. Für den Zeitraum 1976—1979 ergeben sich, so die Regierung, insgesamt 21,9 Mrd. DM aus den globalen Haushaltskürzungen. Davon 2,6 Mrd. DM Minderausgaben. In welchen Bereichen diese Minderausgaben erwirtschaftet werden sollen, läßt die Regierung im dunkeln. Demgegenüber stehen alles in allem 51,1 Mrd. DM Mehreinnahmen bis 1979 durch Steuer- und Abgabenerhöhung. Die Relation 1 zu 3 zwischen „Sparen“ und Steuererhöhungen widerlegt die großen Ankündigungen der Regierung.

## ■ AUSSENPOLITIK

# Helmut Kohl: West-Integration hat absoluten Vorrang

**Wir haben die Priorität der Außenpolitik 1949 mit dem Neubeginn der Bundesrepublik Deutschland bereits unter Konrad Adenauer deutlich gemacht. Die Sicherung der Freiheit, Wiederaufbau und Erhaltung der Sicherheit unseres Landes waren damals die zentralen Komponenten. Sie sind es im wesentlichen geblieben. Unter Adenauer wurde eine grundsätzliche Entscheidung getroffen, die irreversibel ist, nämlich die Entscheidung für die freie Welt, für den Westen, für die europäische Integration und den Eintritt und die Eingliederung in die atlantische Allianz, für die Partnerschaft mit unseren amerikanischen Freunden.**

**D**ies erklärte Helmut Kohl in einem Interview mit der „Deutschen Welle“, das wir in folgendem auszugsweise wiedergeben:

**Frage:** Während dieser, Ihrer Auslandsreisen zunächst nach Moskau, später nach Paris, London, Washington und Rom, werden Sie in den europäischen Hauptstädten nicht nur Regierungsmitglieder, sondern auch Politiker aus Parteien treffen, die der Christlich-Demokratischen Union nahe stehen. Welche Bedeutung messen Sie dieser übernationalen Kooperation der christlich-demokratischen, der konservativ-bürgerlichen Parteien bei, ist das eine Art christliche Internationale?

**Antwort:** Ich würde das Wort nicht verwenden, weil wir von Internationalität eine andere Vorstellungswelt haben wie die Sozialisten. Nur eines gilt: Europa ist kein Ableger der sozialistischen Internationale in Paris. In den meisten europäischen Ländern spielen die christlich-demokratischen Parteien, unsere Schwesterparteien, eine sehr große Rolle. Europa ist in den 50er Jahren gebaut worden — und das muß man wieder in Erinnerung rufen — von den großen Europäern, die aus dem christlich-demokratischen Lager kommen. Das waren Konrad Adenauer, de Gasperi, Robert Schuman, um ganz wenige zu nennen. Wir haben vielleicht zu lange gewartet, das räume ich gerne ein, diese alte Zusammenarbeit auch optisch sichtbar zu machen, aber es gab sie auch in den letzten Jahren.

**Frage:** Herr Dr. Kohl, eine Grundsatzfrage in diesem Zusammenhang: Welche Bedeutung hat Ihrer Ansicht nach die ideologische, die weltanschauliche Komponente in der deutschen Außenpolitik — oder überhaupt in den außenpolitischen Beziehungen zwischen Staaten ähnlicher oder unterschiedlicher Gesellschaftsordnung?

**Antwort:** Wir sind jetzt in ein Zeitalter hineingetreten, in der die Grundsatzauseinandersetzung über das Verständnis von Freiheit eine neue Dimension gewonnen hat. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir noch in diesem Jahrzehnt etwa hier bei uns in der Bundes-

republik die geistige Herausforderung der kommunistischen DDR, mit einem Führungsanspruch für Deutschland zu sprechen, die Identität der deutschen Nation zu verkörpern, die Kontinuität der deutschen Geschichte anzusprechen, mehr verspüren denn je. Das ist eine geistige Herausforderung, auf die eine geistige Antwort gegeben werden muß. Und man darf nicht vergessen, daß die nordatlantische Allianz nicht zunächst als ein Verteidigungsbündnis, sondern — und ich bejahe das heute noch genauso wie vor zwei Jahrzehnten —, als ein Bündnis und ein Zusammengehen gleichartig denkender Völker mit einer freiheitlichen Grundordnung zu verstehen ist. Das militärische Bündnis dient der Verteidigung unserer Freiheit. Und personale Freiheit muß auch heute die Grundlage unserer Politik in diesem Bereich sein.

**Frage:** *Herr Dr. Kohl, es gibt zum Beispiel kommunistische Länder unterschiedlicher Spielart und unterschiedlicher Provenienz. Sie waren vor einigen Jahren in Peking, Franz Josef Strauß ist in den nächsten Wochen ein zweites Mal in der chinesischen Hauptstadt, während sie sich auf ihre erste Reise nach Moskau vorbereiten. Ist diese Präferenz der Oppositionsparteien für die Volksrepublik China zugleich ein politisches Indiz dafür, daß sie anders als die Bundesregierung den deutsch-chinesischen Beziehungen die gleiche Bedeutung wie den deutsch-sowjetischen beimessen wollen? Stellt sich so die Ostpolitik dar, wie Sie die christlich-demokratische Union betreiben möchte?*

**Antwort:** Davon kann gar keine Rede sein. Es war Gerhard Schröder, der den Durchbruch zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik China geschafft hat, und es war eine wichtige und entscheidende Tat, weil wir normale und gute Be-

ziehungen zu diesem volkreichsten Land der Welt brauchen. Dies bedeutet überhaupt nicht, daß wir etwa bei uns die Ideologie, das gesellschaftliche System des kommunistischen Chinas oder die Lehre Maos übernehmen wollen.

Wir sind nicht die Präzeptoren der Welt und respektieren den Weg, den die Chinesen gehen. Wir erwarten von ihnen, daß sie ebenso selbstverständlich auch unseren Weg respektieren. Aber wenn die chinesische Politik in zentralen Fragen der deutschen Politik, wie die Einheit der deutschen Nation und der Integration Europas — ich bringe nur zwei Beispiele — aus ihren Gründen diese politische Linie unterstützt, so ist das ein Vorteil für unser Land.

Aber ich will gleich mit Nachdruck hinzufügen, daß wir im Rahmen der politischen Gegebenheiten und der Realitäten, in denen wir stehen, die von Konrad Adenauer aufgenommenen Beziehungen zur Sowjetunion selbstverständlich pflegen und dazu die notwendigen Gespräche führen müssen. Die essentielle Notwendigkeit von normalen und guten Beziehungen zur Sowjetunion ergeben sich einfach dadurch, daß wir Nachbarn sind.

Der Rang dieser Beziehungen hängt auch damit zusammen daß ein Großteil der für uns besonders schwerwiegenden Probleme, die Teilung unseres Landes, die Berlin-Frage — ich will nur zwei von vielen Beispielen nehmen —, sich im Rahmen dieser Gespräche entwickeln muß. Deswegen ist es ganz richtig und wichtig, daß auch wir als Opposition, als CDU/CSU, uns in diesem Gespräch beteiligen.

## ■ KOMMUNALPOLITIK

# Zusammenleben der Bürger muß ständig verbessert werden

**In einem Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm soll die grundsätzliche Orientierung der Kommunalpolitik der Unionsparteien dargelegt werden. KPV-Vorsitzender Dr. Horst Waffenschmidt und der Vorsitzende der Programmkommission, Staatssekretär Joachim Dorenborg, erläutern nachfolgend den Programmentwurf, der inzwischen vom Bundesvorstand der KPV in die Landesverbände zur Diskussion gegeben wurde und auf dem nächsten Kommunalkongreß der CDU/CSU am 21. und 22. November 1975 in Stuttgart verabschiedet werden soll.**

■ Es handelt sich nicht um ein kurzfristiges Aktionsprogramm. In allen Bereichen sind die Aussagen darauf gerichtet, wesentliche Grundwerte der Politik der Unionsparteien, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Pluralität und Effektivität in der Kommunalpolitik zu verwirklichen. Die Aussagen des Programmentwurfs sollen die Grundrichtung angeben für künftige Initiativen der Unionsparteien in Bund, Ländern und Gemeinden für die Kommunalpolitik.

■ Oberstes Ziel der Kommunalpolitik der Unionsparteien ist es, die Bedingungen für die Selbstverwirklichung des einzelnen und für das Zusammenleben der Bürger in einer sich ständig wandelnden Gesellschaft zu verbessern. Jeder einzelne soll mehr aus seinem Le-

ben machen können. Ihm darf keine einseitig ideologisch geprägte Gesellschaft verordnet werden, die eine freie Entfaltung der Persönlichkeit beeinträchtigt.

■ Zur Verwirklichung der Zielsetzungen des Programms werden in besonderer Weise die Privatinitiative und die Möglichkeiten des Mitwirkens des Bürgers für das Allgemeinwohl angesprochen. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die begrenzten finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand von hoher politischer Bedeutung. Zugleich wird in vielen Aussagen des Programmentwurfs deutlich gemacht, daß die öffentliche Hand nicht als Aufgabe übernehmen sollte, was besser und effektiver durch freie Träger im kulturellen und sozialen Bereich oder durch private Leistungen im wirtschaftlichen Bereich erbracht werden kann.

■ Folgende Ziele des Programmentwurfs sind besonders hervorzuheben:

— Kommunale Sozialpolitik ist daran zu messen, inwieweit sie den Bürger und soziale Gruppen befähigt die Gemeinschaft mitzutragen. Soziale Leistungen und Dienste sollen von einer Vielfalt autonomer Träger erbracht werden. Von sozialer Verpflichtung geprägte Vielfalt und Autonomie fördern die persönliche Entscheidungsfreiheit.

— Die kommunale Wirtschaftspolitik muß das Ziel der Chancengerechtigkeit für den einzelnen in den Mittelpunkt

rücken. Chancengerechtigkeit läßt sich am ehesten erreichen, wenn das Wachstum einer vielfältig gegliederten Wirtschaft gefördert und die Arbeitsplätze gesichert und modernisiert werden. Die Ziele der sozialen Marktwirtschaft sind auch in der kommunalen Wirtschaftspolitik konsequent zu verwirklichen.

— Bei der Förderung von Bildung und Kultur kommt es hauptsächlich darauf an, daß vielfältige Möglichkeiten, Wissen und Bildung zu erwerben, angeboten werden. Neue Wege sind zu suchen, um schöpferische Anlagen im Menschen zu fördern. Dazu sind kommunale Einrichtungen auszubauen und die Bemühungen freier Träger im gleichen Maße zu unterstützen. Das Interesse der Bürger soll durch eine wirkungsvolle Art des Angebotes geweckt und allen die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen erleichtert werden.

— Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung soll Politik und Verwaltung durchschaubar machen und damit Freiheitsräume sichern. So werden wesentliche Voraussetzungen für eine soziale Partnerschaft zwischen Bürgern, sozialen Gruppen, Gemeinde und Staat geschaffen.

— Aufgabengerechte gemeindliche Finanzausstattung ist eine wesentliche Voraussetzung zur Schaffung wertgleicher Lebensverhältnisse in allen Teilen des Bundesgebietes. Mangelnde Finanzkraft darf nicht dazu führen, daß Aufgaben, deren Erfüllung zur gemeindlichen Selbstverwaltung gehören, auf bürgerferne Ebenen verlagert werden.

— Die Beteiligung der Bürger an der kommunalen Selbstverwaltung soll verstärkt werden, vor allem durch ihre Anhörung, durch Veranstaltung von Bürgerversammlungen, durch Bürgerbegehren, durch Aufgeschlossenheit ge-

genüber Bürgerinitiativen und -aktivitäten von Gruppen und Vereinen, die von Verantwortung für ihre Gemeinde getragen sind.

— Die Gemeinden und Kreise müssen wegen der steigenden Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit stärker untereinander sowie mit anderen Trägern öffentlicher Aufgaben zusammenwirken. Überörtliche und fachspezifische Planung und Willensbildung überlagern und beeinträchtigen zunehmend örtliche Entscheidungsmöglichkeiten. Sie verlangen deswegen eine geregelte Mitwirkung der Gemeinden.

— Die Mitwirkung der Gemeinden an der Willensbildung in Bund und Ländern bei kommunalbedeutsamen Angelegenheiten muß festgeschrieben und praktiziert werden. Das ist im Interesse der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Beteiligten unverzichtbar, weil die meisten Gesetze von Bund und Ländern in den Gemeinden ausgeführt werden. Kommunale Erfahrung und kommunaler Sachverstand sollen vom Gesetzgeber genutzt werden, um die Gesetze praxisnäher zu gestalten.

— Wie jeder einzelne Bürger, so soll auch seine Gemeinde ihre besonderen Möglichkeiten nutzen und ihre Bedürfnisse vertreten, ohne dabei ihre Verpflichtung zur Solidarität gegenüber den anderen kommunalen Körperschaften und der gesamtstaatlichen Ordnung zu vernachlässigen.

— Die Eigenständigkeit der örtlichen Gemeinschaft muß sich in der überörtlichen Zusammenarbeit ausprägen. Ein angemessenes Selbstbewußtsein ist zur Wahrung der Interessen gegenüber anderen Gemeinden wie übergeordneten Instanzen notwendig. So eröffnet die Gemeinde ihren Bürgern die Chance, die ihnen zukommenden öffentlichen Leistungen zu erhalten.

## ■ KOALITION

### SPD-Mitgliederstruktur wandelt sich

Hinter den sinkenden Mitgliederzahlen der SPD (in den letzten Monaten minus 40 000) verbirgt sich ein bemerkenswerter Strukturwandel der SPD-Mitgliedschaft: Tatsächlich sollen rund 60 000 meist gemäßigte und ältere Sozialdemokraten ihre Partei verlassen haben, während 20 000 Zugänge fast ausschließlich von den Jungsozialisten zu verzeichnen waren, davon allein 10 000 in Nordrhein-Westfalen.

### Hohnlachen der SPD-Linken über sachliche Argumente

Ausgelacht wurde der hessische Ministerpräsident Osswald (SPD) von den linken Genossen, als er auf dem Parteitag der südhessischen SPD in Gießen versuchte, den zur Beschlußfassung vorgelegten Vorschlag zur Lenkung der öffentlichen und privaten Institutionen zu torpedieren. Der Antrag, von dem Osswald behauptet hatte, er wolle marxistische Normen festschreiben, wurde von der linken Mehrheit angenommen. Dabei berief sie sich, ebenso wie die Gegner des Antrags, auf das Godesberger Programm, das sich damit als ebenso doppeldeutig erwies, wie alle anderen, von der SPD zustande gebrachten Programm- und Vertragswerke.

### Das Doppelspiel der FDP

Die SPD/FDP-Koalition hat durch die auf dem SPD-Bezirksparteitag Hessen-Süd verabschiedete Forderung nach

staatlicher Investitionslenkung eine erneute Belastung erfahren. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hoffie vertrat in Darmstadt sogar die Auffassung, eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition über das Jahr 1976 hinaus sei für die FDP auszuschließen, falls die südhessischen Forderungen die Zustimmung der SPD-Bundespartei finden sollten. Hoffie spielte damit auf den bevorstehenden SPD-Bundesparteitag in Mannheim an. Auch der hessische FDP-Wirtschaftsminister Karry und der FDP-Fraktionsvorsitzende Stein kritisierten die SPD hart, und Mischnick als hessischer FDP-Vorsitzender erklärte, aus dem Beschluß der südhessischen SPD spreche „mehr ideologische Verwirrung als Vernunft“. Dennoch darf nicht vergessen werden, daß diese Äußerungen maßgeblicher FDP-Politiker Teil der kühl praktizierten Partei-Strategie innerhalb der Koalition sind, an der sie nach wie vor festhält.

### Vogels Position in Bayern geschwächt

Skepsis zeichnete die Grundstimmung auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD in München. Breiten Raum nahmen Ermahnungen ein, nach dem schlechten Abschneiden bei der letzten Landtagswahl nicht den Kopf hängen zu lassen. Bundeskanzler Schmidt warnte sogar vor einem Mißerfolg in Bayern 1976: „In Bayern fallen die Würfel, ob die sozialdemokratische Führung ein Zwischenspiel war wie in der Weimarer Republik.“

In seinem Amt als Landesvorsitzender der bayerischen SPD wurde Bundesjustizminister Vogel zwar bestätigt. Aber während er vor zwei Jahren von 353 gültigen Stimmen 279 erhalten hatte, waren es diesmal von 354 Stimmen

nur noch 256, obwohl Vogel keinen Gegenkandidaten hatte. Zuvor hatte er mit betonter Deutlichkeit seine Position auf dem rechten Flügel der SPD beschrieben.

## „Regierungschef im Wartestand“

Im Gegensatz zu Helmut Schmidt ist Willy Brandt an den Steuerbeschlüssen nicht beteiligt, auch wenn er sie jetzt in der Öffentlichkeit verteidigt. Das kann nach Ansicht des angesehenen Curt-L.-Schmidt-Dienstes dereinst eine entscheidende politische Rolle spielen: Willy Brandt betrachtet sich als Regierungschef im vorübergehenden Wartestand. Der Parteivorsitzende setzt dabei auf den linken Flügel der SPD, mit dem Schmidt sich auf die Dauer nicht arrangieren können wird. Gelingt es Schmidt nicht, die Rezession rasch und buchstäblich um jeden Preis zu überwinden, dann dürften die extremen Gesellschaftsveränderer in der SPD nicht mehr zu halten sein — mit Brandt an der Spitze.

## Neue Kontroverse zwischen Leber und Jungsozialisten

Der linke SPD-Flügel nimmt Bundesverteidigungsminister Leber erneut unter Beschuß. Der Anlaß ist diesmal die Teilnahme einiger chilenischer Offiziere an Lehrgängen der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. Die Kritik gipfelt in der Ermahnung, die Bundeswehr habe sich dem Primat der Politik zu beugen und Leber solle einige Offiziere auf ihre politische Zuverlässigkeit prüfen und notfalls in den Ruhestand schicken. Leber ließ vom Sprecher seines Ministeriums erklären, es sei seit zehn Jahren üblich, daß Offiziere aus Ländern, zu denen die

Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhalte, die Führungsakademie der Bundeswehr besuchen dürften. Daran wolle man festhalten.

## Brandt unterstützt Jusos gegen Leber

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat Verteidigungsminister Leber zum Verzicht auf eine neue Direktkandidatur in seinem Frankfurter Wahlkreis (s. UiD Nr. 36, Seite 9/10) zugunsten des früheren Juso-Chefs Karsten Voigt bewogen. Das schrieb der SPD-Bundestagsabgeordnete Conrad Ahlers im Berliner „Abend“. Nach seiner Ansicht hätte Leber „sehr gerne wieder in seinem Wahlkreis kandidiert“; und er wäre auch von der Mehrheit der Delegierten wiedergewählt worden, „obwohl bei der Linkslastigkeit der Frankfurter SPD der Ausgang dieses Rennens nur knapp gewesen wäre“. Erst ein Brief des Parteivorsitzenden Willy Brandt hat ihn letztlich bewogen, auf den Kompromißvorschlag des Frankfurter SPD-Oberbürgermeisters Rudi Arndt einzugehen, der besagte, „daß Leber zwar seinen Wahlkreis aufgeben, aber die Nummer eins auf der hessischen Landesliste der SPD bleiben solle“.

## Gemeldet aus Absurdistan

Unter dieser Überschrift meldet der „Rheinische Merkur“ folgendes: Im Zuge der einschneidenden Sparmaßnahmen der Bundesregierung muß zwar das Ressort Bildung und Wissenschaft eine Kürzung von 10,2 Millionen DM hinnehmen. Der Etatentwurf 1976 sieht aber gleichzeitig eine Steigerung der Ausgaben für das Bundespräsidialamt um 4,1 Millionen und für das Bundeskanzleramt gar um 4,7 Millionen DM vor.

## ■ BUNDESKONGRESS

# Entwicklungshilfe soll freiheitliche Ordnung schaffen

**Am 4. und 5. September 1975 fand in Bonn der internationale Entwicklungspolitische Kongreß der CDU statt. Er stand unter dem Motto: „Partnerschaft und Solidarität“. Mehr als 500 Teilnehmer aus dem In- und Ausland versammelten sich, um die Entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU und Probleme der Entwicklungspolitik in Referaten, Arbeitskreisen sowie in einer Podiums- und Plenumsdiskussion zu behandeln.**

**H**elmut Kohl hob in einer programmatischen Eröffnungsrede hervor, daß angesichts der politischen und wirtschaftlichen Probleme Entwicklungshilfe im traditionellen Sinne nicht mehr genüge. Sie sei heute Teil der Entwicklungspolitik. Im Rahmen der Gesamtpolitik nähme die Entwicklungspolitik für die CDU einen hochrangigen Platz ein, „weil sie dazu beitragen soll, Entwicklungshindernisse und Spannungsursachen in den Gesellschaften der Entwicklungsländer zu vermindern; weil sie bestehende einseitige Abhängigkeiten zwischen den Staaten abbauen soll; weil sie Wege und Mittel aufzeigen muß, um ein friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker zu ermöglichen und weil sie damit unseren außenpolitischen Handlungsspielraum und damit unsere Zukunft sichern hilft“. Dabei solle Außen- und Entwicklungspolitik nach jenen Werten

ausgerichtet werden, „die auch im Innern unser Handeln bestimmen.

Friede, Entspannung und Fortschritt bleiben leere Formeln, wenn sie nicht durch die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität qualifiziert sind“. Und: „Hilfe zur Überwindung materieller Not muß langfristig auch die Grundlage für die Verwirklichung menschenwürdiger, freiheitlicher Ordnungen schaffen.“ Dr. Helmut Kohl nannte diese Prinzipien die Grundlage unserer Außen- und Entwicklungspolitik. Er betonte: „Darin gründet unsere Ablehnung jeder Form von Kolonialismus, Rassismus und Hegemoniestreben.“

Die Zunahme autoritärer Regime in der Dritten Welt müsse unser eigenes Bewußtsein dafür schärfen, daß wir eine ethisch-politische Mitverantwortung für die Verwirklichung der Menschenrechte und damit der Freiheit in den sich entwickelnden Ländern tragen. Das sei eine Herausforderung an die Ausstrahlungskraft der westlichen Demokratien. Der Parteivorsitzende unterstrich den Zusammenhang zwischen dem Zustand unserer Demokratien im Innern und der Fähigkeit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als unverzichtbare Kriterien unserer Entwicklungspolitik wirksam sein zu lassen.

Vor diesem Hintergrund stellte er seine grundsätzlichen Aussagen zur Entwicklungspolitik:

— Hilfe dort, wo die besten Chancen ihrer Verwirklichung bestehen.

— Bejahung privater Investitionen in den Entwicklungsländern.

— Beibehaltung, Ausbau und Verbesserung der freien Weltwirtschaftsordnung.

— Internationale Arbeitsteilung an Stelle von Kartellierung oder gar Schließung von Weltmärkten.

— Gezielte Hilfe für den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer bei gleichzeitigem Abbau unserer Handelschranken.

Der Parteivorsitzende schloß seine Rede mit dem Appell, in Partnerschaft und Solidarität in Europa wie im weltweiten Rahmen zusammenzuarbeiten, um die Zukunft unseres Vaterlandes zu gewinnen.

In einer zweiten Rede knüpfte der Entwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Jürgen G. Todenhöfer, an die Rede des Parteivorsitzenden an und stellte dem Kongreß den Entwurf der Entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU vor.

## **Integration in die freie Welt**

Dr. Todenhöfer lieferte eine schonungslose Kritik der bisherigen Versäumnisse der Entwicklungs- und der Industrieländer. Er schloß daran eine ebenso detaillierte wie ungeschminkte Bilanz der Entwicklungspolitik der amtierenden Regierung an. Todenhöfer forderte eine Politik der fairen Partnerschaft, wobei man sich offen zum „aufgeklärten Eigeninteresse“ unseres Landes bekennen sollte. Das nationale Interesse umfasse die Sicherheit des Westens, eine liberale und offene Weltwirtschaftsordnung, die Erhaltung unseres Wohlstandes und die Sicherung von Freiheit und Menschenwürde in unserem Lande.

Todenhöfer bekannte sich zum Leitbild einer „internationalen sozialen Marktwirtschaft“ und forderte für die Entwicklungsländer Anpassungshilfen zur Integration in die freie Welt. Dazu gehört auch die Öffnung unserer Märkte für die Produkte der Dritten Welt. Dabei solle sich das Schwergewicht deutscher Entwicklungshilfe auf die ärmsten Staaten der Vierten Welt konzentrieren.

## **Entwicklungspolitische Leitlinien der CDU**

Die Arbeitskreise des Entwicklungspolitischen Kongresses der CDU befaßten sich mit den Themen:

— „Die außenwirtschaftlichen Aspekte der deutschen Entwicklungspolitik“ (Leitung: Dr. Narjes, MdB)

— „Die außenpolitischen Aspekte der deutschen Entwicklungspolitik“ (Leitung: Walther Leisler Kiep, MdB)

— „Ziele und Methoden der deutschen Entwicklungspolitik“ (Leitung: Dr. Jürgen G. Todenhöfer, MdB)

Die Teilnehmer der Arbeitskreise diskutierten den Entwurf der von der CDU vorgelegten Entwicklungspolitischen Leitlinien und gaben in großer Zahl Anregungen, die von der Entwicklungspolitischen Kommission der CDU in die Endfassung der Leitlinien eingearbeitet werden.

Die Plenarsitzung des zweiten Tages des Kongresses führte internationale Experten der Entwicklungspolitik wie Paul Prebisch, Maurice J. Williams, Reza Fallah, N. Duarte, P. Alwyn und A. Calvani mit den Politikern der CDU auf dem Diskussionspodium zusammen, an deren Aussprache sich zahlreiche Teilnehmer des Kongresses mit ihren Beiträgen lebhaft beteiligten.

## ■ REGIERUNGS-PROPAGANDA

### „Neusprech“ in Bonn

**Einen Moment lang war man wirklich versucht zu glauben, diese Bundesregierung habe sich angesichts der katastrophalen Haushaltslage zu einer ungeschminkten Darstellung der bitteren Wahrheit besonnen. Doch anstatt den fälligen Offenbarungseid bei den Staatsfinanzen zu leisten und alle Kräfte unseres Landes zur Überwindung der Krise zu mobilisieren, geht die SPD/FDP-Koalition erneut den Weg der Begriffsverdrehung. Aus schlecht mach gut, heißt die Devise für das Bundespresseamt.**

Die Begriffsverdrehungen der SPD/FDP-Koalition nimmt nachfolgend Dr. Friedrich Zimmermann, MdB, auf Korn und spricht von einer fatalen Parallele zu Orwells Roman „1984“.

In dieser Zukunftsvision ersetzt ein Wahrheitsministerium die Merkmale des Begriffs „Freiheit“ durch die der „Sklaverei“, und alle Menschen jubeln dann der Sklaverei zu, weil sie „Freiheit“ genannt wird. Orwell bezeichnet diese Täuschung als „Neusprech“ und sieht darin die Grundlage des herrschenden Systems.

Ähnlich verfuhr Regierungssprecher Grünewald, als er am 22. August bekannt gab, daß es erforderlich sein werde, ein Gesetz zur „Verbesserung“ der Haushaltsstruktur zu beraten. Darüber hinaus soll die Struktur aller öffentlichen Haushalte „überprüft und verbessert“ werden. So sieht also die Wahrheit aus: die nötigen Streichungen,

die drastischen Sparmaßnahmen werden dem gutgläubigen Bürger als „Verbesserungen“ angeboten.

Das Wort von der „Verbesserung“ der Haushaltslage ist kein Einzelfall, sondern nur der vorläufige Höhepunkt einer Kette gezielter Verdrehungen. Bundesfinanzminister Apel sprach kürzlich davon, niemand wolle „Leistungen“ abbauen, nein, nur um den Abbau von „Privilegien“ ginge es. Bravo, werden da viele rufen, doch wer weiß schon, was in Apels Augen eigentlich Privilegien sind, wo sie anfangen und wo sie enden? An den Ostblock werden ja auch keine Reparationen geleistet, nicht Geldgeschenke überreicht, sondern es werden „Kredite“ gewährt. Von den Bedingungen der Rückzahlungen, nämlich jahrelang gar nichts und dann bei einem äußerst geringen Zinssatz, redet schon keiner mehr.

Und Arbeitslose gibt es überhaupt nicht, die Arbeiter und Angestellten werden nicht entlassen, sondern „freigestellt“. Ein herrliches Gefühl muß das sein, so völlig „frei“ zu sein. Wie gut muß es doch um ein Land stehen, wo es über eine Million „Freigestellte“ gibt. Die Schöpfer dieser neuen Sprache, des Orwellschen „Neusprech“, offenbaren mit dem Umdrehen der Wahrheit ihre Gleichgültigkeit, ja Verachtung menschlicher Schicksale.

Die Reihe regierungsamtlicher Verdrehungen ließe sich beliebig verlängern. Und es ist erschreckend, wie die Bonner Regierung immer bedenkenloser zu diesem letzten Mittel greift.

## ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

# Aktion Wirtschaft und Finanzen

Die Führungsgremien der Union haben zu den fragwürdigen Finanzbeschlüssen der SPD/FDP-Regierung mit der Erklärung vom 5. September 1975 eine klare Alternative vorgelegt (vergl. Seiten 1, 4 und Dokumentation dieser Ausgabe). Es ist nun Aufgabe aller CDU-Verbände, unseren Mitbürgern dieses Programm zur Wiederbelebung der Wirtschaft, Überwindung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der Staatsfinanzen zu erläutern und für die Union als Alternative zur SPD/FDP-Regierung zu werben.

**Wenn Sie also Ihre Aktionen planen:**

- Diskussionsveranstaltung,
- Straßencanvassing,
- Flugblattverteilung auf der Straße und in Briefkästen,

dann bestellen Sie sofort die nachfolgend aufgeführten Materialien:

**(Sie können sofort bestellen, Lieferung erfolgt ab 16. September 1975.)**

**Flugblatt:**

Format DIN A 5, 2farbig

**Was können wir Ihnen eigentlich noch glauben, Herr Bundeskanzler?**

(Text siehe Dokumentation dieser UID-Ausgabe)

Mindestabnahme: 1 000 Exemplare

Preis: 10,— DM pro 1 000

**Bestellnummer: 1380**

**Serie: Argumente — Dokumente — Materialien**

**6 Jahre Mißwirtschaft**

**Das Scheitern der Linkskoalition in der Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Umfang: 8 Seiten

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,11 DM je Exemplar

**Bestellnummer: 5382**

**Argumentationskarte**

**Wirtschafts- und Finanzkrise**

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 3,— DM pro 100 Exemplare

**Bestellnummer: 6381**

Unterstreichen Sie die Bedeutung der Aktion durch die Schaltung einer Anzeige in Ihrer Tageszeitung. Dazu zwei Textvorschläge:

**1. Vorschlag:**

*40 Milliarden Staatsschulden*

*2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter*

*3,5 Prozent Wirtschaftsrückgang*

*6 Jahre SPD/FDP*

*Alternative '76*

*CDU*

**2. Vorschlag:**

*40 Milliarden Schulden — mußte das sein?*

*2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter — mußte das sein?*

*3,5 Prozent Wirtschaftsrückgang mußte das sein?*

6 Jahre SPD/FDP — mußte das sein?  
Alternative '76  
CDU

Bei Ihrer Aktion zur Wirtschaftspolitik können Sie zusätzlich noch folgende Materialien verwenden:

**Serie: Argumente — Dokumente — Materialien**

**Versprochen — nicht gehalten; Bilanz der Linkskoalition**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,13 DM pro Exemplar

**Bestellnummer: 5324**

**„Arbeitslosigkeit, Inflation und Rezession“; Bilanz einer gescheiterten Politik**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,11 DM pro Exemplar

**Bestellnummer: 5336**

**Das Programm der CDU gegen Jugendarbeitslosigkeit**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,11 DM pro Exemplar

**Bestellnummer: 5345**

**Inflation gefährdet Wirtschaft und Gesellschaft**

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 0,26 DM pro Exemplar

**Bestellnummer: 5347**

- An das IS-Versandzentrum  
4830 Gütersloh 1  
Postfach 6666

## Bestell-Coupon

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung und Rechnungsstellung an meine Anschrift:


Best.-Nr.	Bezeichnung	Stückzahl	Rechnungssumme
1380	Flugblatt		
5382	Broschüre		
6381	Argumentationskarte		
5324	Broschüre		
5336	Broschüre		
5345	Broschüre		
5347	Broschüre		

Absender: Name .....

                  Anschrift .....

                  Unterschrift ..... Datum .....

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 483 Gütersloh 1, Postf. 6666, Telex 9 33 753 iserv d.  
Alle Preise verstehen sich inkl. Verpackungskosten zuzüglich Porto- bzw. Frachtkosten und Mehrwertsteuer.


**ZITAT**

## Die Kraft der Linken

*Die Prominenz der SPD wird nach dem letzten Wochenende nun endgültig wissen, was sie in der wirtschaftspolitischen Debatte auf dem Mannheimer Parteitag erwartet. Der Landesparteitag in München blieb zwar ruhig, lehnte jedoch eine Billigung des Orientierungsrahmens ausdrücklich ab. Wenn sich Genossen an der Basis gegen dieses Programm wenden, dann steckt dahinter in erster Linie die Kritik an den Passagen, die sich für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung einsetzen. Besonders deutlich haben das die Delegierten in Hessen ausgedrückt. Dort wurde den gemäßigten Sozialdemokraten wieder einmal — und vielleicht endgültig — der Mut abgekauft.*

*Es wurde ein Antrag verabschiedet, den man schlicht als Grabgesang für jede Art von Marktwirtschaft bezeichnen kann. Wenn „*einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel*“ abgeschafft und „*demokratische Planung*“ de facto an deren Stelle gesetzt werden soll, dann wäre damit der Akt der Systemveränderung vollzogen. Da gibt es nichts mehr zu vertuschen und zu verheimlichen, und selbst der sonst ökonomischen Thesen nicht so aufgeschlossene Ministerpräsident Osswald weiß nun, wo seine Genossen hinwollen.*

### Anschrift:

*Damit zeigt sich immer deutlicher, daß der Bundeskanzler mit seiner — wie es scheint — mühsamer werdenden Werbung für ein Programm, das die Unternehmens- und Investitionslust der Unternehmer fördern soll, bei vielen seiner Genossen auf kein Verständnis stößt. Diejenigen, denen jegliche Hinneigung zu einer freien Wirtschaftsordnung oder auch deren Bewahrung durch die amtierende Regierung ein Greuel ist, bilden einen Block an der Basis dieser Partei, der massiver sein dürfte, als gemeinhin erkennbar ist.*

*Wenn die Regisseure an der Spitze glaubten, sie könnten ihren Linken Mäßigung verordnen, so wird jetzt schon deutlich, daß der Kanzler, wie schon oft zuvor, mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen in dieser Partei einer offenen und starken Opposition gegenübersteht. Auch ist es noch gar nicht sicher, ob sich nicht die Opponenten auf dem Parteitag in Mannheim durchsetzen werden.*

**Frankfurter Allgemeine Zeitung**  
9. September 1975

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

